



## ERNÄHRUNGSSICHERHEIT: Vor Abstimmung ist nach Abstimmung

# Gerangel um Deutungshoheit

*Wahlkampf Fehlanzeige:  
Die Ernährungssicherheit  
kommt in die Verfassung.  
Was dies aber bedeutet,  
darüber wird gefeilscht.*

RAPHAEL BÜHLMANN

Am 24. September stimmt das Schweizer Volk bekanntlich darüber ab, ob es die Ernährungssicherheit in ihrer Verfassung verankern will. Ein echter Abstimmungskampf ist derweil allerdings kaum auszumachen. Die grössten Kritiker sind jene, die den neuen Artikel höchstens als «überflüssig» erachten.

### «A und O für Konsument»

Und so geht es bereits einen Monat vor dem Urnengang um die Deutungshoheit des neuen Artikels 104a. So auch gestern in Bern. Das überparteiliche Komitee «Ja zur Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft» lud ein, um sich gleich zu Beginn von den ursprünglichen Initianten zu distanzieren. «Wir vertreten hier den zur Abstimmung stehende Gegenentwurf des Parlaments und sind nicht Teil der Imagekampagne des Schweizer Bauernverbandes (SBV)», stellte Nationalrat Beat Jans (SP, BS) eingangs klar.

Er und seine Mitstreiter erläuterten im offiziellen Medienzentrum des Bundes ihre Interpretation einer sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Demnach soll der



Das Komitee «Ja zur Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft» gestern in Bern. (Bild: rab)

Weg zu mehr Markt und Nachhaltigkeit konsequent weitergeführt werden. Der aktuelle agrarpolitische Kurs sei zu halten, das Rad soll nicht zurückgedreht werden, und schädliche Produktionsanreize seien definitiv abzuhaken. Es sei wichtig und richtig, dass man den Begriff der Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit dem internationalen Handel bringe und man so auch einen Standard für importierte Lebensmittel festlege, ergänzte etwa Ständerat Robert Cramer (Grüne, GE). «Damit bekämpfen wir auch Food Waste aktiv.»

Deutlich liberalere Töne schlug Sara Stalder an. Für die Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz ist ein funktionierender Markt das A und O für die Konsumenten. «Mehr Markt – weniger Staat bei Preis- und Mengenregelung:

Diese Stossrichtung der Agrarpolitik hat sich auch aus Konsumentensicht bewährt. So muss es weitergehen», ist Stalder überzeugt.

### Keine geschützte Werkstatt

Ins ähnliche Horn stiess gestern Nationalrat Matthias Jauslin (FDP, AG). «Die ursprüngliche Idee des SBV kam einer geschützten Werkstatt gleich. Eine Abschottung gegenüber anderen war zu verhindern», so Jauslin. Nationalrat Jürg Grossen (GLP, BE) unterstrich zudem, dass durch den neuen Artikel das Kulturland besser geschützt werden soll. Schliesslich sähe sich Regina Furrer, Präsidentin der Kleinbauernvereinigung, bei einem Ja darin bestärkt, auf mehr Vielfalt in Landwirtschaftsbetrieben und mehr Leistungen für die Natur zu pochen.